

Sprache und Politik im Wandel der Zeit

Vorlesung im Wintersemester 2001/02

Gesellschaftliche Harmoniebestrebungen in der frühen Bundesrepublik:

„Was wir [...] im sozialen Bereich beobachten, gilt auch für den engeren politischen Bereich. Scharf abgrenzende Bestimmungen, einer gespannten Klassenlage entstammend, sind in den 50er Jahren weicher umschreibenden Kennzeichnungen gewichen. Das Vokabular des Klassenkampfes hat sich weitgehend aufgelöst, sei es in Neubildungen, sei es in Retuschen älterer Begriffe. Zwar tradiert die Sprache noch immer den – sozialrechtlich kaum mehr bedeutsamen – Unterschied von Arbeitern und Angestellten, aber über beides hat sich bereits der Begriff des Arbeitnehmers gelegt. [...]

Es wäre ein leichtes, die geschilderte Entwicklung zu ironisieren, auf den harmonischen Überdruck mancher Neuprägungen hinzuweisen [...]. Doch Spott sei hier ferne. Denn man kann nicht übersehen, daß die Sprache [...] nur nachvollzieht, was sich in der Gesellschaft realiter abspielt, und daß in den erwähnten Euphemisierungen [...] auch eine deutliche Humanisierungstendenz mitschwingt.“

Zitiert aus:

Hans Maier: Aktuelle Tendenzen der politischen Sprache [zuerst 1973].
In: Holzfeuer im hölzernen Ofen. Aufsätze zur politischen Sprachkritik.
Hrsg. von Hans Jürgen Heringer. 2. Aufl. 1988, 179-188; hier: 180.

Sprache und Politik im Wandel der Zeit

Vorlesung im Wintersemester 2001/02

„In den beiden ersten Nachkriegsjahrzehnten vollzog sich ein weitgehender sprachlicher wie sozialer Egalisierungsprozeß. [...] Die Sprache vollzog als Spiegel sozialer Entwicklungen nach, was sich in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Wirklichkeit abgespielt hatte. Der Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft wurde ermöglicht durch und begleitet von einer Sprache, die es uns erlaubte, die gemeinsamen Probleme solidarisch zu definieren und partnerschaftlich zu lösen. Die damals regierende CDU/CSU war nicht nur politisch, sondern auch sprachlich kreativ. Mit *Soziale Marktwirtschaft*, *Europäische Integration* – um nur zwei Beispiele zu nennen – prägte sie neue Begriffe für neue, in die Zukunft weisende Konzeptionen. Das Vokabular des Klassenkampfes nach innen und des nationalistischen Denkens nach außen hat sich in den 50er Jahren aufgelöst.“

Zitiert aus:

Kurt Biedenkopf: Politik und Sprache [zuerst 1975]. In: Holzfeuer im hölzernen Ofen. Aufsätze zur politischen Sprachkritik. Hrsg. von Hans Jürgen Heringer. 2. Aufl. 1988, 189-197; hier: 189.

Sprache und Politik im Wandel der Zeit

Vorlesung im Wintersemester 2001/02

Das Attentat auf Rudi Dutschke – Flugblatt des Frankfurter SDS:

„In Berlin ist ein Attentat auf Rudi Dutschke verübt worden. [...] Daß es so weit kommen mußte, ist aber nicht einem einzelnen anzurechnen. Die wirklichen Täter sind diejenigen, die Rudi Dutschke als ‘Staatsfeind Nr. 1’ gestempelt haben, die Vorurteile gegen die Studierenden geweckt und gebilligt haben. Diese Täter sitzen in den Redaktionsstuben des Springer-Konzerns, im Senat und Abgeordnetenhaus Westberlins. Die Dreckschleuder von Franz Josef Strauß, die Durchhaltebefehle von Herrn Jäger und die Hetzparolen des Wehner haben das Attentat vorbereitet. Sie werden jetzt alle Krokodilstränen weinen. Sie werden Trauer und Entsetzen heucheln. Und morgen werden sie ihre Kampagnen fortsetzen.“

Zitiert nach:

Herrschaft durch Sprache. Politische Reden. Für die Sekundarstufe hrsg. von Walter Schafarschik. Bibliographisch erg. Ausg. Stuttgart 1987 (Universalbibliothek 9501), 115 f.

Sprache und Politik im Wandel der Zeit

Vorlesung im Wintersemester 2001/02

Das Attentat auf Rudi Dutschke – Kiesinger in einem Interview mit dem Westdeutschen Rundfunk am 13. April 1968:

„Die radikalen militanten kleinen Gruppen, die hier tätig werden, müssen wissen, daß die verhältnismäßige Zurückhaltung der Länder bisher darauf zurückzuführen war, daß man mit Recht versucht hat, unnötige Opfer zu vermeiden. Wenn sie aber so fortmachen wie bisher, muß sich notwendig die staatliche Abwehrreaktion verschärfen, und dafür tragen dann diese Leute die Verantwortung.

Außerdem ist auch nicht auszuschließen, daß in solchen Fällen Gegenreaktionen aus der Bevölkerung selber kommen, und das würde zu höchst unerwünschten und gefährlichen Zusammenstößen und zu einer Ausbreitung der Unruhe führen können, auch zu einer Förderung eines andersartigen Radikalismus, die wir gerne vermeiden möchten. [...] Es ist gar nicht alles, was da zur Oberfläche drängt, zu verwerfen. Zum Beispiel sympathisiere ich durchaus mit dem Protest bestimmter studentischer Gruppen gegen bestimmte Erscheinungen der modernen technologischen Welt. [...] Nur darf es nicht zu einer bilderstürmerischen Haltungen führen, zu dem Willen, erst einmal alles einzureißen, um dann etwas Schönes und Vollkommenes aufzubauen. Denn wenn das sich durchsetzen würde, dann würde es enden, wie alle Schwarmgeisterei der Geschichte immer geendet hat: in Blut und Tränen.“

Zitiert nach:

Herrschaft durch Sprache, 116 f.

Sprache und Politik im Wandel der Zeit

Vorlesung im Wintersemester 2001/02

Das Attentat auf Rudi Dutschke – Heinemanns in Rundfunk und Fernsehen ausgestrahlte Rede vom 13. April 1968:

„Diese Tage erschütternder Vorgänge und gesteigerter Unruhe rufen uns alle zu einer Besinnung. Wer mit dem Zeigefinger allgemeiner Vorwürfe auf den oder die vermeintlichen Anstifter und Drahtzieher zeigt, sollte daran denken, da in der Hand mit dem ausgestreckten Zeigefinger zugleich drei andere Finger auf ihn selbst zurückweisen.

Damit will ich sagen, daß wir uns alle zu fragen haben, was wir selber in der Vergangenheit dazu beigetragen haben könnten, daß ein Antikommunismus sich bis zum Mordanschlag steigerte, und daß Demonstranten sich in Gewalttaten der Verwüstung bis zur Brandstiftung verloren haben. [...]

Nichts ist jetzt so sehr geboten wie Selbstbeherrschung – auch an den Stammtischen oder wo immer sonst das Geschehen dieser Tage diskutiert wird. [...]

Zu den Grundrechten gehört auch das Recht zum Demonstrieren, um öffentliche Meinung zu mobilisieren. Auch die junge Generation hat einen Anspruch darauf, mit ihren Wünschen und Vorschlägen gehört und ernst genommen zu werden.

Gewalt aber ist gemeines Unrecht und eine Dummheit obendrein. Es ist eine alte Erfahrung, daß Ausschreitungen und Gewalttaten genau die gegenteilige öffentliche Meinung schaffen, als ihre Urheber wünschen. Das sollten – so meine ich – gerade politisch bewegte Studenten begreifen und darum zur Selbstbeherrschung zurückfinden.“

Zitiert nach:

Herrschaft durch Sprache, 119 f.

Sprache und Politik im Wandel der Zeit

Vorlesung im Wintersemester 2001/02

Willy Brandt auf dem SPD-Parteitag im März 1968 in Nürnberg:

„Pöbel bleibt Pöbel, auch wenn junge Gesichter darunter sind. Intoleranz und Terror, ob sie von links kommen oder von rechts, dürfen die Freiheit nicht benutzen, um sie zu zerstören. [...] Ich frage, ob alle Gewerkschafter wissen, was sie tun, wozu sie aufrufen und wofür sie ihr Geld ausgeben.“

Zitiert nach:

Peter Koch: Willy Brandt. Eine politische Biographie. Berlin. Frankfurt am Main 1988; hier: 302.

Das Ende der gemeinsamen politischen Sprache:

„Die Gemeinsamkeit im Grundsätzlichen konnte [in den 50er Jahren; AL] in einer verbindlichen politischen Sprache ebenso beschrieben werden wie die Meinungsverschiedenheiten über Parteigrenzen hinweg: Die politische Sprache war offen für Alternativen, verhinderte aber den Umschlag politischer Gegnerschaft in politische Feindschaft. Der Kommunikationszusammenhang in unserer Gesellschaft blieb gewahrt.

Das hat sich inzwischen geändert. Wir können nicht mehr sicher sein, daß wir dasselbe meinen, wenn wir die gleichen Begriffe benutzen. Die Berufung auf die gleichen Grundlagen, wie etwa das Grundgesetz, verbürgt nicht mehr einen tragfähigen Konsens, sie intensiviert oft nur den grundsätzlichen Konflikt. Die Verständigung über Partei- und Richtungsgrenzen hinweg fällt heute schwerer als früher.“

Zitiert aus:

Biedenkopf 1988, 189.

Sprache und Politik im Wandel der Zeit

Vorlesung im Wintersemester 2001/02

Eine sprachbezogene Begründung der Wahlerfolge der SPD 1969 und 1972:

„Demokratie setzt [...] voraus, daß politische Schlüsselbegriffe chancengleich verwendet werden können und daß Politiker und Parteien ihre Ziele operational definieren.

[...] Diese politische Chancengleichheit hat bis vor kurzem nicht bestanden. Einer der entscheidenden Vorteile der Sozialdemokraten bei den Wahlkampfauseinandersetzungen 1969, in geringerem Umfang auch 1972, war, daß die intellektuellen Schichten des Volkes all diese Begriffe automatisch mit einem für die Sozialdemokratie günstigen Inhalt ausgestattet haben. Der Begriff *Solidarität*, der Begriff *Lebensqualität*, der Begriff *innerer Frieden*, im Sinne wie Brandt ihn verstanden hat, die Begriffe *Freiheit*, *Gerechtigkeit*: Alle diese Begriffe wurden – verbunden mit dem zentralen ‘Reform’-Begriff – mit Inhalten verbunden, die der Sozialdemokratie näher standen als uns.“

Zitiert aus:

Biedenkopf 1988, 195.

Sprache und Politik im Wandel der Zeit

Vorlesung im Wintersemester 2001/02

Formulierungen in der gemeinsamen Regierungserklärung von SPD und FDP im Herbst 1969:

- „Wir wollen eine Gesellschaft, die mehr Freiheit bietet und mehr Mitverantwortung fordert.“
- „Das Ziel ist die Erziehung eines kritischen, urteilsfähigen Bürgers.“
- „Mehr Demokratie wagen.“
- „Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an.“
- „Keine Angst vor Experimenten, das ist der Leitsatz unserer Politik.“
- „Wir haben so wenig Bedarf an blinder Zustimmung wie unser Volk Bedarf hat an gespreizter Würde und hoheitsvoller Distanz.“
- „Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung kann nicht in Betracht kommen. Auch wenn zwei Staaten in Deutschland existieren, sind sie doch füreinander nicht Ausland [...].“

Zitiert nach:

Koch 1988, 333-335.

Sprache und Politik im Wandel der Zeit

Vorlesung im Wintersemester 2001/02

Die politische Zweckmäßigkeit hat Vorrang vor Information:

„[Information sei in der Politik; AL] nicht mit der Absicht allgemeiner Daseinserhellung durchs Licht der Wahrheit identisch sind. Vielmehr gilt, daß es eine Frage der politischen Zweckmäßigkeit sei, ob man die Wahrheit *sage*, das heißt nicht verschweige, und auch die *Wahrheit sage*, das heißt, nicht lüge.“

Zitiert aus:

Hermann Lübbe: Der Streit um Worte [zuerst: 1967]. In: Sprache und Herrschaft. Hrsg. von G.-K. Kaltenbrunner. München 1975, 87 ff.; hier 90. ZP✓

Der Zweck von Information in Politik und Wissenschaft:

„In der politischen Öffentlichkeit dagegen [d.h., anders als in der Wissenschaft; AL] endet der Handlungskreis nicht bei der Information, sondern stets bei angestrebten Änderungen der politischen Lage, und es ist unvermeidlich, daß die Praxis der Information sich an diesem Ziel ausrichtet. Daher wird dann zwangsläufig die Information dosiert; man schwächt sie ab oder verstärkt sie, man gibt sie je nachdem in großen oder kleinen Pressekonferenzen heraus und wählt vor allem den günstigsten Zeitpunkt.“

Zitiert aus:

Lübbe 1975, 90 f.

Sprache und Politik im Wandel der Zeit

Vorlesung im Wintersemester 2001/02

Der Aktionscharakter politischer Äußerungen:

„Die Sätze politischer Rede haben also nicht erst als performative [...]. sondern bereits als behauptende Sätze Aktionscharakter. [...] Sie haben ihren Ort im Kontext von Handlungen. Sie haben stets ihren Bezug auf politische Lagen, in die durch ihre bloße Verlautbarung bereits eingegriffen wird, und nach solchen Wirkungen bemessen sie sich: Handlungsprädispositionen sollen stabilisiert, geändert oder zersetzt, Handlungen oder Unterlassungen bewirkt, Zustimmungsbereitschaft erzeugt werden.“

Zitiert aus:

Lübbe 1975, 91.

Die Notwendigkeit ideologischer Integration:

„Denn es ist ja nicht zweifelhaft, daß die Wirksamkeit ideologischer Integration von der Lieferung von Wahrheitsbeweisen nicht unmittelbar abhängt, dagegen wohl von der erfolgreich durchgehaltenen Präntention, daß diese Wahrheitsbeweise jederzeit gegeben werden könnten. [...] Die Integrationsleistung von Ideologien bezieht sich auf Handlungsprädispositionen; sie verfügen diese unter eindeutige Zwecke, sie bestätigen Vorurteile, sie bannen Zweifel, sie imponieren oder schüchtern ein; sie befreien von Ressentiments oder nähren sie; er erfüllen mit Selbstgefühl, mit Gewißheit und Zuversicht.“

Zitiert aus:

Lübbe 1975, 93.

Sprache und Politik im Wandel der Zeit

Vorlesung im Wintersemester 2001/02

Die Funktion politischer Schlagwörter:

„[Politische Schlagwörter; AL] legen Richtung und Meinung fest, ermöglichen die Erfahrung politischer Zugehörigkeit und fixieren im Ganzen jene Aktions- oder Zustimmungsbereitschaft, ohne die politisches Handeln nicht möglich wäre.“

Zitiert aus:

Lübbe 1975, 96.

Slogans von CDU und SPD im Bundestagswahlkampf 1965:

- Unsere Sicherheit – CDU“
- „Sicher ist sicher – darum SPD“

Über den Umgang mit nationalsozialistischen Schlagwörtern:

„Eine Aktion der Reinigung unserer Sprache von Nazismen ist offensichtlich überflüssig, was die Haupt- und Kernworte der Sprache nationalsozialistischer Ideologie betrifft. Worte wie *Herrenrasse*, *Dreivierteljude* und *Rassenschande* usw. sind, jedenfalls gegenwärtig und jedenfalls als diese Worte, durchaus ungebräuchlich, inzwischen historisch geworden. Sie sind mit den Nationalsozialisten zusammen abgetreten.“

Zitiert aus:

Lübbe 1975, 100.

Sprache und Politik im Wandel der Zeit

Vorlesung im Wintersemester 2001/02

Metaphorisch unmenschliche Ausdrücke:

„Die metaphorische Unmenschlichkeit dieser Worte besteht klarerweise darin, daß die durch sie benannten Begriffe oder Vorstellungen im ideologischen Vermittlungszusammenhang Handlungsprädispositionen oder Einstellungen erzeugen können, deren politischer Effekt kaum etwas anderes als Unmenschlichkeit sein kann und bei den Nationalsozialisten auch tatsächlich gewesen ist.“

Zitiert aus:

Lübbe 1975, 100.

Der Streit um Worte ist in politischen Kontexten unvermeidbar:

„Nur in [...] kleinen, homogenen, auf den Zweck theoretischer Erörterungen festgelegten Zirkeln ist es ohne weiteres und ohne Nachteil für irgendeinen Beteiligten möglich, der Regel, nicht um Worte zu streiten, zu folgen, sich sozusagen Worte zu schenken und in freier, besonnener Übereinkunft ihren Gebrauch festzulegen.

Dagegen die große, exoterische, unmittelbar politisch relevante Öffentlichkeit –: in ihr ist es gerade nicht möglich, sich jederzeit über Wortgebräuche zu verständigen, und jeder muß jederzeit darauf Rücksicht nehmen, daß die Worte längst ihren wie sehr auch immer schwankenden Gebrauch haben, daß sie Assoziationen, Stellungnahmen, Erwartungen auslösen, auf die zwar langfristig propagandistisch, aber doch im Moment gar kein verändernder Einfluß möglich ist. [...] entsprechend bleibt es auch im Verhältnis zum politischen Gegner unvermeidlich, die Auseinandersetzung mit ihm nicht zuletzt als Wortstreit zu führen.“

Zitiert aus:

Lübbe 1975, 107.

Sprache und Politik im Wandel der Zeit

Vorlesung im Wintersemester 2001/02

Alle politischen Parteien müssen Sprachkampf im Sinne von Öffentlichkeitsarbeit betreiben:

„[...] denn alle politischen Streitparteien müssen bei Strafe ihres öffentlichen Sprachlos-Werdens und d.h.: bei Strafe ihres politischen Bedeutungsverlusts versuchen, ihre politische Programmatik öffentlich so zu vermitteln, als singe sie nur die Melodie nach, die in den Schlüsselbegriffen der politischen Sprache als streitentbundene Versprechungen schlummern, will sagen: alle Streitparteien müssen sich strategisch als Hüter dieser Versprechungen ausgeben und damit als Hüter ihrer authentischen sprachlichen Bewahrung.“

Josef Kopperschmidt: Rhetorik als Streitfall der Politik: z.B. Hermann Lübke. In: Kopperschmidt 1995, 184-209; hier: 185. **ZP✓**

Aus der Rede Kurt Biedenkopfs auf dem CDU-Parteitag in Hamburg im Jahr 1973:

„Die gewaltsame Besetzung der Zitadellen staatlicher Macht ist nicht länger Voraussetzung für eine revolutionäre Umwälzung der staatlichen Ordnung. Revolutionen finden heute auf andere Weise statt. Statt der Gebäude der Regierungen werden die Begriffe besetzt, mit denen sie regiert, die Begriffe, mit denen wir unsere staatliche Ordnung, unsere Rechte und Pflichten und unsere Institutionen beschreiben.“

Zitiert aus:

Kopperschmidt 1995, 192 f.

Sprache und Politik im Wandel der Zeit

Vorlesung im Wintersemester 2001/02

Die These vom linken Sprachraub:

„Die Entfremdung unserer politischen Sprache von unserer Verfassung zeigt sich auch in der Umwertung zentraler Begriffe, mit denen wir ein freiheitliches Gemeinwesen beschreiben können. So wird ‘Demokratie’ in einem radikalen und emphatischen Sinne umgedeutet und zu einem Kampfbegriff gegen die rechtsstaatliche und parlamentarische Demokratie. Radikale Begriffe gewinnen an Kurswert, die die Entschiedenheit des Absoluten gegenüber den Halbwahrheiten des demokratischen Kompromisses verharmlosen und rechtfertigen.

So werden klassische Begriffe unseres freiheitlich-demokratischen Selbstverständnisses von radikalen politischen Ideen okkupiert und bewußt als Mittel der Täuschung eingesetzt. [...] Diese Strategie hält an vertrauten Begriffen fest; sie baut auf das Vertrauen der Menschen in die herkömmliche Bedeutung bekannter Begriffe [...], verändert aber zugleich Inhalt und Bedeutung dieser Begriffe. [...] Dies ist der Kern der politisch-semanticen Doppelstrategie, die gegenwärtig systematisch in revolutionärer Absicht verfolgt wird.“

Zitiert aus:

Biedenkopf 1988, 190.

Sprache und Politik im Wandel der Zeit

Vorlesung im Wintersemester 2001/02

Das Besetzen von Begriffen:

„Wie stark diese Sinnimplikate der Besetzungsmetaphorik die Selbstbeschreibung der sprachkritischen Reaktionen bestimmen, ist an den einschlägigen Texten exemplarisch ablesbar: die sprachkritische Gegenoffensive der Konservativen verstand sich als ‘Rückeroberung’ der besetzten Begriffe, als deren ‘Befreiung’ aus ‘ideologischer Verfälschung’, als Rückführung ihres semantischen Richtungssinns auf den ‘unverstellten common sense’ ihrer normalsprachlichen Bedeutung, als Einreißen von ‘Sprachbarrieren’, die den Zugang zur politischen Wirklichkeit verstellen, als Restitution der politischen Sprache im Sinne eines ‘gemeinsamen’ Mittels politischer Verständigung und Willensbildung, als Aufdecken des ‘semantischen Betrugs’ linker ‘Sprachherrschaft’ und ihres ‘Marschs durch die Begriffe’ usw.“

Zitiert aus:

Kopperschmidt 1995, 193.

Biedenkopf übernimmt die Argumentation Lübkes:

„So bleibt bei der Entlarvung sprachlicher Manipulationsmechanismen der eigene ideologische Standpunkt undiskutiert. Die neue Linke, innerhalb und außerhalb der SPD, suggeriert mit Erfolg, daß nur eine bestimmte politische Richtung – die CDU/CSU – sich des appellativen und affirmativen Untertons der parteipolitischen Sprache bediene. Diese Suggestion täuscht über die Tatsache hinweg, daß der politische Sprachgebrauch immer Ausdruck und Motor politischen Handelns ist, daß also die politische Sprache selbst Aktionscharakter besitzt.“

Zitiert aus:

Biedenkopf 1988, 196.